Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 7

Artikel: Der Friedensplan des US-Präsidenten : aktuelle Entwicklung

Autor: Hübschen, Jürgen

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-905593

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Friedensplan des US-Präsidenten: aktuelle Entwicklung

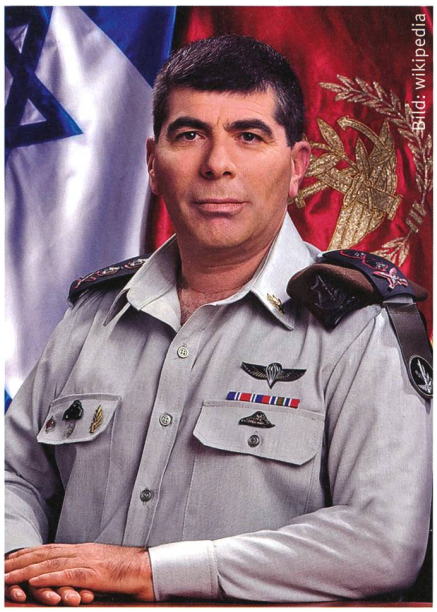
Am 28. Januar 2020 hatte Donald Trump seine «Vision» im Beisein des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu auf einer Pressekonferenz im Weissen Haus der Weltöffentlichkeit vorgestellt. Der nachfolgende Beitrag beschäftig sich mit den wesentlichen Entwicklungen der vergangenen vier Monate und schliesst mit einer zusammenfassenden Beurteilung über die Wahrscheinlichkeit einer Realisierung der «Vision» des US-Präsidenten.

Jürgen Hübschen

Die Entwicklungen in Israel waren, wie in vielen Ländern der Erde, stark geprägt von der Corona-Pandemie, so dass politische Entwicklungen nicht völlig dominierend waren. Trotzdem beherrschte der seit mehr als einem Jahr andauernde Wahlkampf weitgehend die Schlagzeilen. Obwohl auch die dritte Wahl innerhalb eines Jahres keine klare Mehrheit gebracht hatte, konnte durch einen politischen Kuhhandel am 17. Mai eine Koalitionsregierung vereidigt werden. Die beiden Rivalen Benjamin Netanjahu und Benny Gantz hatten sich darauf verständigt, sich in der kommenden Legislaturperiode das Amt des Regierungschefs zu teilen. Neben anderen Absprachen hatte Gantz, der sein Wahlversprechen, niemals mit Netanjahu zu koalieren, gebrochen, auf ein Veto-Recht im Zusammenhang mit der Umsetzung des «Friedensplanes» und der damit verbundenen geplanten Annexion des Jordantales verzichtet. Netanjahu, dem aktuell in seinem Beisein vor Gericht die Anklageschrift wegen Korruption und anderer Delikte verlesen wurde, ist nach wie vor entschlossen, die Annexion des Jordantales im Juli in Angriff zu nehmen.

Israels neuer Aussenminister Gabi Aschkenasi bezeichnete Trumps «Vision» bei seinem Amtsantritt als «historische Gelegenheit». Die Grenzen könnten geklärt und «die Zukunft Israels in den kommenden Jahrzehnten geformt werden. Der Plan wird auf verantwortliche Weise und in Abstimmung mit den USA vorangebracht werden, während wir die Friedensverträge und strategischen Interessen Israels schützen». Die Palästinenser erwähnte er mit keinem Wort.

56 ehemalige israelische Abgeordnete, vorwiegend aus linken und liberalen Parteien, warnten vor der «Schaffung eines Apartheid-Staates». 220 ehemalige israelische Offiziere und hochrangige Mitarbeiter des Geheimdienstes sehen Israels Sicherheit gefährdet, falls es zu Annexionen kommt.



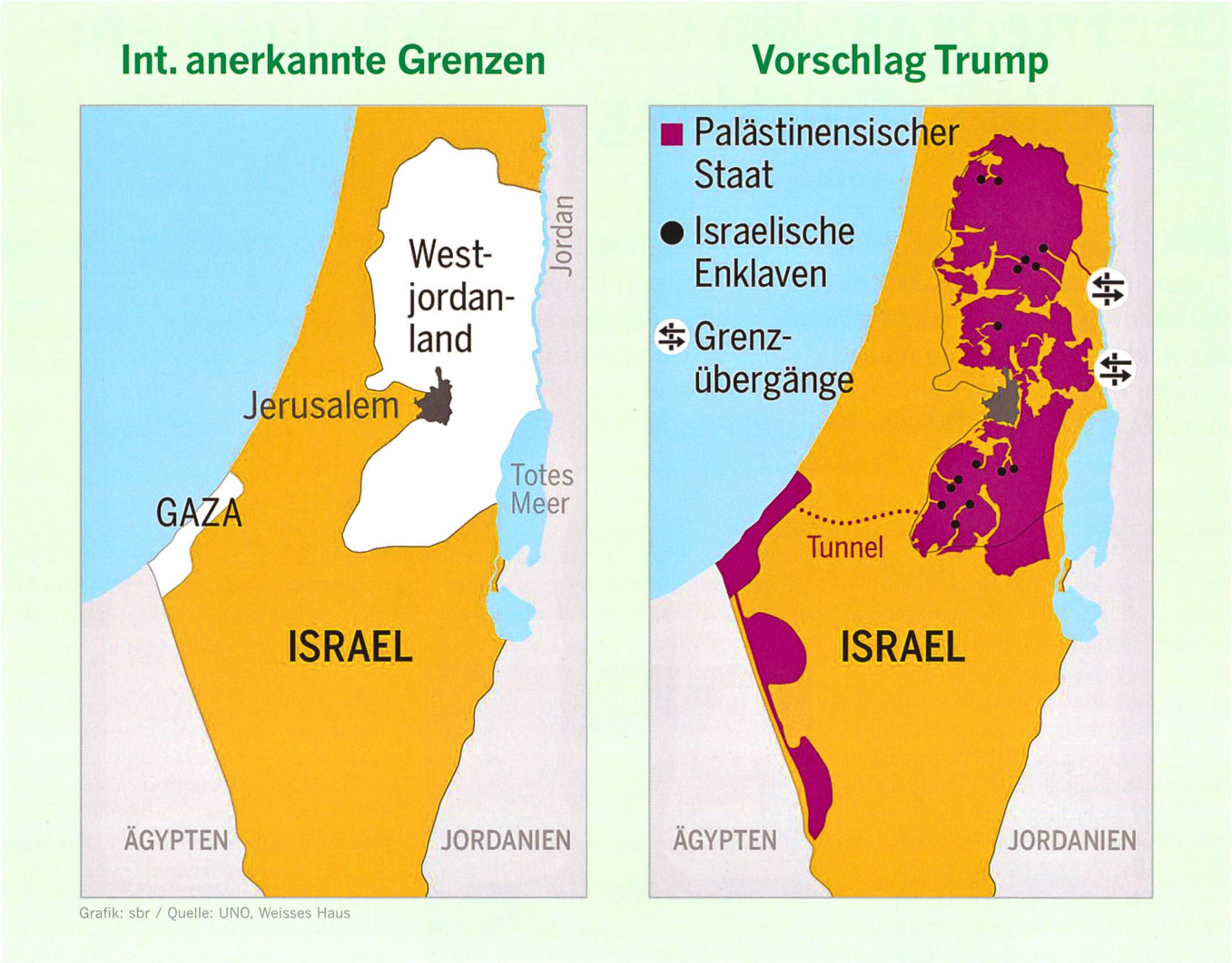
Der israelische Aussenminister Gabi Aschkenasi: «Historische Gelegenheit».

Die Entwicklungen in den USA

Washington scheint allerdings signalisiert zu haben, dass es diesbezüglich keinen Zeitdruck gebe. Bei seinem jüngsten Besuch in Israel hatte US-Aussenminister Pompeo zwar in allgemeiner Form darauf gedrängt, den Plan seines Präsidenten umzusetzen, indem er erklärte, der US-Präsident habe seine «Friedensvision» im Januar veröffentlicht und «es muss noch Arbeit verrichtet werden, und wir müssen in der Frage Fortschritte machen», aber die Umsetzung der Annexion sei «letztlich eine israelische Entscheidung». Netanjahu und Gantz müssten «einen gemeinsamen Weg finden». US-Diplomaten ergänzen, das könne «eine Weile dauern». Der US-Präsident befindet sich in einem Dilemma, einerseits erhofft er sich durch seine «Friedensvision» Sympathien bei den jüdischen und evangelikalen Wählern bei der Präsidentschaftswahl im November diesen Jahres, andererseits bekommt aber die Corona-Pandemie und den damit verbundenen wirtschaftlichen Abschwung nicht in den Griff und sieht sich bereits heute mit über 100 000 Corona-Toten im eigenen Land konfrontiert.

Die Entwicklungen auf der palästinensischen Seite

Die USA hatten die Palästinenser an der Entwicklung der «Friedensvision» nicht beteiligt und ignorieren deren Vorstellungen und Position auch weiterhin. Bei seinem Besuch in Israel hatte Pompeo auf ein Gespräch mit Vertretern der palästinensischen Autonomiebehörde ganz bewusst verzichtet. In Ramallah protestierten Tausende gegen den Plan. Für Palästinenserpräsident Abbas war das ein erneuter Grund, am 19. Mai 2020 zu erklären: «Die Palästinensische Befreiungsorganisation und der Staat Palästina sagen sich von heute an von allen Verträgen und Vereinbarungen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Israels los, sowie von allen Verpflichtungen, die aus diesen hervorgehen, einschliesslich der Sicherheitsvereinbarungen». Israel müsse nun selbst die Verant-

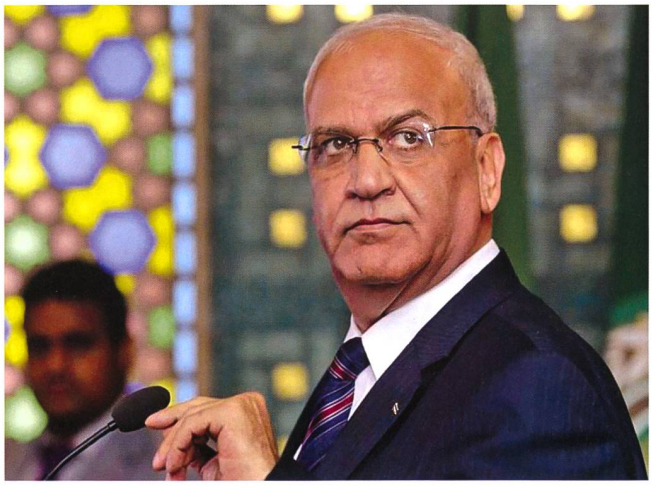


Der US-Friedensplan. Bild: Tages-Anzeiger

wortung für die besetzten Gebiete übernehmen. Man mache Amerika dabei als Partner einer Besatzungsmacht «voll verantwortlich für die Unterdrückung des palästinensischen Volkes». Dies schliesse alle Konsequenzen angesichts des internationalen humanitären Völkerrechts ein.

Abbas hatte bereits im Februar bei einem Treffen mit dem ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Olmert in New York erklärt, dass er dessen Plan aus dem Jahre 2008 akzeptiere. Olmert hatte im Gegenzug Abbas als «einzigen Partner» bezeichnet, mit dem Israel zusammenarbeiten könne.

Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat bezeichnete Trumps Plan als «Betrug des Jahrhunderts». Bild: timesofisrael



Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat sagte, Pompeo habe vor seinem Israel-Besuch keinen Kontakt mit den Palästinensern gesucht. Erekat wörtlich: «Die Trump-Regierung kollaboriert bei den Annexionsplänen mit Israel.» Der palästinensische Ministerpräsident Mohammed Staje forderte bei einem Gespräch mit dem EU-Aussenbeauftragten Josep Borrel, die EU müsse ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht einbringen, um die Umsetzung von Trumps Plan zu verhindern.

Die Entwicklungen in der arabischen Welt

Die Arabische Liga unterstützt die Position von Abbas einvernehmlich. Sie warnte am 30. April in einer gemeinsamen Stellungnahme, eine Umsetzung der Pläne wäre «ein Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser». Der jordanische König Abdullah II warnte vor einem massiven Konflikt mit seinem Land, falls Israel tatsächlich die Grenzen verändern würde. In einem solchen Fall «ziehen wir sämtliche Optionen in Betracht». Sollte die palästinensische Autonomiebehörde zusammenbrechen, könnte das die Region ins Chaos stürzen und Extremisten neuen Auftrieb geben.

Position des Irans

Die Position des Irans ist für die Entwicklung in der Region immer von besonderer Bedeutung. Am sogenannten «Jerusalem-Tag» – erinnert traditionell Teheran an die Besetzung Ost-Jerusalems durch Israel während des Sechstagekriegs von 1967 – bezeichnete das geistliche Oberhaupt des Irans, Ayatollah Khamenei, den Staat Israel als «Tumor in der Region» und sprach Israel das Existenzrecht ab. Es gehe dem Iran aber nicht darum, die Juden zu eliminieren, sondern um ein «aufgedrängtes Regime», wie das von Netanjahu.

Irans Aussenminister Mohammed Dschawad Sarif erklärte, Iran werde «die palästinensischen Freiheitsbewegungen» weiterhin uneingeschränkt unterstützen und es nicht zulassen, dass Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und der «Deal des Jahrhunderts» durchgeführt werde.

Entwicklungen und Stellungnahmen in der EU

Die EU ist insgesamt zerstritten, wie man auf eine israelische Annexion des Jordantales reagieren soll.

Elf EU-Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien Luxemburg und Spanien, kritisierten den in den israelischen Koalitionsvereinbarungen festgehaltenen Plan, Teile des Westjordanlandes zu annektieren. Das hätte «ernste Konsequenzen». Die Kritik wurde in einer Videokonferenz mit einer für Europa-Fragen zuständigen Diplomatin des israelischen Aussenministeriums geäussert. Die EU-Diplomaten erklärten, eine Annexion von Teilen des Westjordanlandes wäre «ein klarer Bruch internationalen Rechts.»

«Der Iran wird ‹die palästinensischen Freiheitsbewegungen› weiterhin uneingeschränkt unterstützen.»

Mohammed Dschawad Sarif, Aussenminister

Osteuropäische EU-Staaten hatten an der Videokonferenz nicht teilgenommen und sind bislang insgesamt eher «in der Deckung geblieben», was ihre Haltung angeht.

Am schärfsten äusserte sich bislang Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn: «Wenn man ein Territorium annektiert, das einem nicht gehört, dann ist das eine Verletzung des internationalen Rechts.» Das habe man in der EU auch so gesehen, als Russland 2014 die ukrainische Halbinsel Krim annektierte, und er ziehe diesen Vergleich ganz bewusst. «Wir müssen jetzt präventiv Stellung beziehen und Druck machen». Der deutsche Aussenminister Heiko Maas bekräftige zwar die Völkerrechtswidrigkeit der israelischen Annexionspläne, wollte sich Asselborns Krim-Vergleich aber nicht anschliessen.

Belgien, Frankreich, Irland und Schweden wollen Israel eine harte Antwort geben, sprich Sanktionen androhen. Einzelne EU-Staaten schlagen vor, Israel von der weiteren Teilnahme am EU-Förderprogramm auszuschliessen. Seit 2014 werden Forschungsvorhaben in Israel mit 1,3 Milliarden Euro gefördert. Auch die weitere Teilnahme Israels am Erasmus-Programm für Studenten stellen manche EU-Staaten in Frage.

Der EU-Aussenbeauftragte Borrell: «Die Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern bleibt eine Priorität für die EU.» Man warne vor jeder «einseitigen Aktion», die eine Zwei-Staaten-Lösung erfordere.

Beurteilung der Realisierung der «Friedensvision» von US-Präsident Trump

Die Frage, ob die «Friedensvision» des US-Präsidenten und vor allem, ob die darin enthaltene Annexion des Jordantals realisiert wird, hängt sicherlich davon ab, wie Trump diese für seine angestrebte Wiederwahl im November diesen Jahres einschätzt, denn Trump ist letztlich nur an sich selbst interessiert und auf seinen persönlichen Vorteil bedacht. Wenn Trump zustimmt, wird Netanjahu versuchen, das Jordantal zu annektieren, so wie Israel zuvor völkerrechtswidrig die Golan-Höhen zum israelischen Staatsgebiet und Jerusalem zur eigenen Hauptstadt erklärt hat und seit Jahrzehnten ungestraft Siedlungen baut, obwohl auch das im Völkerrecht expressis verbis verboten ist. Ohne die Unterstützung der USA ist Netanjahu mit seiner Regierung, die nur von 73 der 120 Knesset-Abgeordneten getragen wird und in der 36 Minister und 16 Vize-Minister agieren, nicht handlungsfähig.

Die Palästinenser haben letztlich keine Lobby. Ob die Arabische Liga ihren starken Worten auch Taten folgen lässt, muss bezweifelt werden. Auch die UNO wird wohl nur protestieren, so wie es ihr Nahost-Beauftragter Nikolaj Miadenow bereits getan hat.

«Die einzige echte Chance, eine Annexion des Jordantals doch noch zu verhindern, auch wenn Trump diese unterstützen würde, liegt bei der EU. Brüssel muss hier eine klare Karte zeigen.»

Die einzige echte Chance, eine Annexion des Jordantals doch noch zu verhindern, auch wenn Trump diese unterstützen würde, liegt bei der EU. Sie hat Israel bislang in sehr vielen Bereichen de facto behandelt wie ein Mitglied der Union und ist für Israel ein unverzichtbarer Handelspartner. Deshalb muss Brüssel hier ansetzen und eine klare Karte zeigen. Entweder spricht Israel sich ohne Wenn und Aber für die von der EU geforderte Zwei-Staaten-Lösung auf Augenhöhe mit den Palästinensern aus, was natürlich die beabsichtige Annexion des Jordantals ausschliesst, oder Brüssel legt alle zivilen und militärischen Handelsbeziehungen auf Eis und setzt auch Israels Teilnahme am EU-Förderprogramm und an Erasmus aus. Es darf nicht passieren, dass es wie in der Vergangenheit wieder nur bei starken Worten bleibt und Israel weiterhin ungestraft internationales Recht ignoriert.

In einem solchen Fall wäre nämlich Brüssel mitverantwortlich für eine neue Krise in der Nahmittelost-Region, deren Dimension man sich lieber nicht vorstellen möchte. ■

Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven